

Erfolgsmodell. China tickt anders. Die neue globale Stellung der Volksrepublik. Von Wolfram Elsner ■ Seite 3

Impulsgeber. Wang Huning gilt als der wichtigste politische Theoretiker Chinas. Von Marc Püschel ■ Seite 4

Gegenpol. Russland und China fordern die westliche Weltordnung heraus. Von Jörg Kronauer ■ Seite 7

Die Tageszeitung
junge Welt

China

Eine Beilage der Tageszeitung **junge Welt** | Mittwoch, 27. September 2023, Nr. 225



Fischerboot im Hafen von Shishi, Provinz Fujian (August 2023)

KYODO NEWS/IMAGO

Auf neuen Wegen

Die Führung der Volksrepublik versucht, den Kapitalismus einzuhegen. Das ruft den NATO-geführten Westen auf den Plan – die Kriegsgefahr wächst. **Von Stefan Huth**

Wer an einem beliebigen Tag mit Google hiesige Nachrichtenkanäle auf das Stichwort »China« hin durchsucht, den springen zuverlässig Schreckensmeldungen an: »China trägt seine Weltmachtambitionen offen zur Schau« (*heute.de*), »Aus den Fehlern im Umgang mit Russland lernen heißt, anders mit China umzugehen« (*zeit.de*), »Angst vor Überwachung: US-Behörden sehen Hafenkranne aus China als Sicherheitsrisiko« (*spiegel.de*), »Huawei bei der Bundeswehr: »Eine gezielte Unterwanderung lässt sich kaum verhindern«« (*wiwo.de*), »In China verschwinden seit Jahren einflussreiche Geschäftsleute« (*n-tv.de*). Die Reihe ließe sich fortsetzen, die regierungs-offizielle Rede vom »Systemrivalen« hinterlässt Spuren, nicht nur im Blätterwald. Feindmarkierung hin, Feindmarkierung her – geht es ums Geschäft, lässt sich auch das deutsche Kapital nicht lumpen. Seit mittlerweile sechs Jahren ist

die Volksrepublik der wichtigste Handelspartner der BRD, dem Portal *Statista* zufolge importierte Deutschland allein 2021 Waren im Wert von rund 141,8 Milliarden Euro aus China, 2009 waren es noch etwa 56,7 Milliarden. Der Wert deutscher Exporte belief sich im Jahr 2021 auf rund 103,6 Milliarden Euro, 2009 waren es noch etwa 37,3 Milliarden. Die Geschäfte brummen, werden jedoch diskret bis verschämt abgewickelt, die Feindpropaganda für die Öffentlichkeit gibt es gratis.

Als seiner Verfassung nach sozialistisches Land, geführt von einer Kommunistischen Partei, ist die westliche Rede vom systemischen Gegner indes nicht ganz abwegig. Schließlich wird in der Volksrepublik etwas weltgeschichtlich Neues versucht: das Profitprinzip walten zu lassen und zugleich die Macht des Kapitals politisch einzuhegen – Plusmacherei unter den Augen und zu den Bedingungen einer Partei, die den Kapitalismus überwinden will, sozusagen mit seinen eige-

nen Mitteln. Wachsender Wohlstand großer Teile der Bevölkerung geht mit einem neuen Selbstbewusstsein einher, das strahlt über die Landesgrenzen hinaus. Und dennoch präsentiert sich China als ein Land voller Widersprüche, mit dem auch viele Linke hierzulande hadern oder sogar mit Blick auf dessen ökonomisches Entwicklungsmodell grundsätzlichen Widerspruch anmelden.

Doch in einer Frage sollte es keine zwei Meinungen geben: Die Führung des Landes, die Partei, ist geleitet von einer sozialen Idee. Nur so konnte es selbst unter Coronabedingungen gelingen, die extreme Armut im Land zu beseitigen, wie sogar die UN anerkennend bestätigten. Und jetzt schon profitieren seit Jahrhunderten in Unterentwicklung gehaltene Länder des Südens von neuen Formen zwischenstaatlicher Kooperation, die von Beijing initiiert wurden.

Die vorliegende Beilage beleuchtet verschiedene Aspekte der Volksrepublik, die trotz anhaltender, sich wöchentlich steigender Kriegsdrohungen

seitens des NATO-geführten Westens im kommenden Jahr ihr 75. Gründungsjubiläum begehen kann. Sevim Dagdelen rekapituliert deutsche Kolonialverbrechen in China, die Berlin nicht davon abhalten, sich heute erneut in die inneren Angelegenheiten des Landes einzumischen. Wie Beijing mit neuen Initiativen auf globaler Ebene Netzwerke der Kooperation schafft, ist Gegenstand von Wolfram Elsners Beitrag. Den Sozialwissenschaftler Wang Huning, der als bedeutender Inspirator chinesischer Regierungspolitik gilt, porträtiert Marc Püschel. Die Beziehungen zwischen Beijing und Moskau sind bei allen Widersprüchen von strategischer Bedeutung und wurzeln tief in der Geschichte, wie Sebastian Carlens und Jörg Kronauer zeigen. Wie die Macht des Kapitals in China begrenzt werden kann, um den Sozialismus in China auf eine neue Stufe zu heben, erläutern Autoren des Tricontinental Institutes in Kooperation mit Kollegen der chinesischen Theoriezeitschrift *Wenhua Zongheng*.



PICTURE-ALLIANCE / ANG-IMAGES

Neokoloniale Farce

Die von Deutschen in der Kaiserzeit an Chinesen begangenen Verbrechen sind ungesühnt. Heute versucht Berlin, der Volksrepublik erneut Anweisungen zu erteilen. **Von Sevim Dagdelen**

Nach der Rückeroberung des belagerten Gesandtschaftsviertels in Beijing durch die Kolonialmächte: Ein japanischer und ein deutscher Offizier schreiten eine Front japanischer Soldaten in Beijing ab (Amateurfoto des deutschen Militärattachés Otto Brandt, August 1900)

Sevim Dagdelen ist Mitglied des Deutschen Bundestages

China erscheint als Beilage der Tageszeitung *junge Welt* im Verlag 8. Mai GmbH, Torstr. 6, 10119 Berlin.

Redaktion: Stefan Huth (V.i.S.d.P.)

Anzeigen: Elisabeth Nolte

Bildredaktion: Ivetta Polyak-Bar Am

Gestaltung: Michael Sommer und Andreas Siegmund-Schultze

Am Mittwoch, 11. Oktober, erscheint das jW-Spezial Krisenjahr 1923

Wer sich mit dem gegenwärtigen Umgang des Westens mit China beschäftigt, fühlt sich unweigerlich an das berühmte Diktum von Karl Marx erinnert, wonach sich geschichtliche Ereignisse immer zweimal ereignen, das eine Mal als Tragödie, das andere Mal als Farce. In den Jahren 1900 und 1901 gipfelte die langjährige Unterdrückung des Landes durch die imperialistischen Mächte Europas in der brutalen Niederschlagung einer Aufstandsbewegung und dem vom Deutschen Reich angeführten Kolonialkrieg gegen China. Heute, über einhundert Jahre später, stehen die Zeichen angesichts der zunehmenden Einkreisung und Konfrontation Chinas durch die NATO-Staaten erneut auf Sturm.

»Musterkolonie«

Im November 1897 landete das Flaggschiff »Kaiser« der Ostasiatischen Kreuzerdivision in der Bucht von Jiaozhou (Kiuatschou). Ungeachtet der propagandistischen Bezeichnung als »Musterkolonie« wurde dort ein brutales Kolonialregime etabliert, das von der Vertreibung und Enteignung der

ortsansässigen Bevölkerung, von Ausbeutung der Kohlevorkommen und ethnisch-rassistischer Segregation etwa durch Aufteilung in eine »Europäerstadt« und eine »Chinesenstadt« gekennzeichnet war.

Der Widerstand gegen die Kolonialherrschaft kulminierte im Jahr 1900 in einem Aufstand der von der ländlichen Bevölkerung getragenen »Bewegung der Verbände für Gerechtigkeit und Harmonie«, im Westen »Boxeraufstand« genannt. Seinen Höhepunkt fand der Aufstand in der Belagerung des Gesandtschaftsviertels in Beijing, im Zuge derer der deutsche Gesandte Clemens von Ketteler erschossen wurde. Infolge der Belagerung sandten sechs europäische Staaten, die USA und Japan ein »Expeditionskorps« nach China. Am 27. Juli 1900 hielt Kaiser Wilhelm II. bei der Verabschiedung der deutschen Truppen in Bremerhaven seine »Hunnenrede« mit dem berühmt-berüchtigten Befehl: »Kommt ihr vor den Feind, so wird derselbe geschlagen! Pardon wird nicht gegeben! Gefangene werden nicht gemacht!« Weniger bekannt hingegen ist, wie der Monarch die Entsendung der Truppen zur Niederschlagung des Aufstands begründete: »Die Chinesen

haben das Völkerrecht umgeworfen, sie haben in einer in der Weltgeschichte nicht erhörten Weise der Heiligkeit des Gesandten, den Pflichten des Gastrechts Hohn gesprochen. Es ist das umso empörender, als dies Verbrechen begangen worden ist von einer Nation, die auf ihre uralte Kultur stolz ist.«

Unter der militärischen Führung des Deutschen Kaiserreichs schlugen die imperialistischen Mächte den »Boxeraufstand« im August 1900 blutig nieder und führten einen brutalen Kolonialkrieg gegen die Bevölkerung einschließlich Massakern, Plünderungen, Zerstörungen und Vergewaltigungen. Nach der Einnahme Beijings musste sich die chinesische Regierung im September 1901 im sogenannten Boxerprotokoll dazu verpflichten, den Kolonialmächten eine Entschädigung in Höhe von 450 Millionen Tael zu zahlen, je nach Umrechnung entspricht das heute über 50 Milliarden Euro, sowie auf demütigende Art und Weise Abbitte zu leisten.

Im alten Geist

Für die Raubzüge Deutschlands in seiner chinesischen Kolonie wurde nie eine Entschädigung geleistet. Deutsche Straßen sind weiter nach Kriegsverbrechen benannt. Der Leiter des »Expeditionskorps«, Graf von Waldersee, ist bis heute Ehrenbürger der Stadt Hamburg, ausgezeichnet »für seine Tätigkeit im Interesse des Weltfriedens«. Wie auch bei anderen deutschen Kolonialverbrechen verweigert sich die Bundesregierung einer ernsthaften Auseinandersetzung mit der deutschen Kolonialgeschichte in China. So geht aus der Antwort der Ampelkoalition auf meine Anfrage hervor, dass sie nicht einmal bereit ist, die deutschen Greuelthaten während der Niederschlagung des »Boxeraufstandes« als Kriegsverbrechen zu bezeichnen, geschweige denn, eigene Initiativen, wie etwa Gespräche mit der chinesischen Regierung zur Aufarbeitung der deutschen Kolonialherrschaft, durchzuführen.

In China gilt die Zeit zwischen dem Opiumkrieg im Jahr 1840 und der Gründung der Volksrepublik im Jahr 1949 als »Jahrhundert der Schande«, weil sie durch eine langanhaltende Unterdrückung des Landes durch ausländische Mächte gekennzeichnet war. Wer mit chinesischen Politikerinnen und Politikern spricht, weiß, dass Versuche westlicher Bevormundung heute in China als neokoloniale Affront und Angriff auf die Souveränität des Landes angesehen

werden. So kommt es nicht von ungefähr, dass die deutsche Außenministerin im April 2023 von ihrem Amtskollegen Qin Gang darauf hingewiesen wurde, dass China nichts weniger als einen »Lehrmeister aus dem Westen« brauche.

Angesichts der Erfahrung mit der kolonialen Aufteilung des Landes stößt insbesondere die Unterstützung separatistischer Bewegungen in China auf harschen Widerspruch. Die China-Politik der Bundesregierung trägt den Geist des Kolonialismus auch heute in sich. China wird belehrt, was es zu tun und zu lassen hat. Die US-Politik, die Teile wie Taiwan, Hongkong oder Xinjiang aus China herausbrechen will, wird vorbehaltlos unterstützt. Allein, dieses Ansinnen wird zur Farce, da man es schlicht mit einem ganz anderen Land als vor hundert Jahren zu tun hat. Aber von derlei Erkenntnissen ungetrübt legt die Bundesregierung sogar die wilhelminische Kanonenpolitik wieder auf.

In enger Gefolgschaft Washingtons zur westlichen Machtprojektion gegenüber China im Indopazifik werden in dieselben Gewässer, in denen damals das Ostasiengeschwader der kaiserlichen Marine kreuzte, um den vermeintlichen »Bruch des Völkerrechts« durch China zu sühnen, heute erneut deutsche Kriegsschiffe entsandt. Dieses Mal unter dem Vorwand, die »regul-basierte internationale Ordnung« verteidigen zu wollen.

Es geht allein darum, den Aufstieg Chinas, wenn nicht zu verhindern, so wenigstens bremsen zu wollen. Zu diesem Zwecke bereiten Bundesregierung und EU-Kommission in enger Abstimmung mit den USA einen Wirtschaftskrieg gegen Beijing vor. Wie im Falle von Russland lassen sich Brüssel und Berlin auch hier wieder nach vorne schieben. Doch sollte die Drohung von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen Realität werden, Strafzölle auf den Import chinesischer Autos zu erheben, stünde im Gegenzug die Existenz der deutschen Autoindustrie in Frage, die 36 Prozent ihres Umsatzes in China erwirtschaftet. So droht der neokoloniale Wirtschaftskrieg gegen China zur gnadenlosen Selbstzerstörung zu werden. Die Zeit aber, als es dem Westen gelang, Staaten zu zwingen, ist vorbei. Tempi passati. Wer es dennoch versucht, riskiert am Ende den Weltkrieg. Es braucht eine emanzipatorische Kraft, auch in Deutschland, die diesen Kriegstreibern in die Arme fällt.

ANZEIGE



mandelbaum verlag

China ist groß, China ist jung, und China ist digital. Eine Milliarde Chines:innen sind online. Timo Daum schildert den Aufstieg der chinesischen Digitalwirtschaft, analysiert ihre Bedeutung für das Alltagsleben der chinesischen Bevölkerung und stellt sie in den Kontext Chinas langfristiger Entwicklungsstrategie.

Timo Daum
BIG DATA CHINA
Technologie – Politik – Regulierung
Euro 20,- | 192 Seiten | Format 13,5 x 21

Die Dialektik aus Kämpfen von unten und oppositionellen Bewegungen prägte die Geschichte der Volksrepublik und steht im Mittelpunkt des Buches. Ralf Ruckus schildert die Kämpfe von Arbeiterinnen, Migrantinnen oder Frauen* seit den 50er-Jahren und analysiert die daraus entstandenen linken Bewegungen.

Ralf Ruckus
DIE LINKE IN CHINA
Eine Einführung
Euro 20,- | 400 Seiten | Format 12 x 17

www.mandelbaum.at



Chinas Anteil am Weltsozialprodukt (WSP) betrug während der Song-Dynastie (960–1279) 40 Prozent und noch 1820, kurz vor der Ruinierung des Landes durch die europäischen Barbaren, circa 33 Prozent. Die Pax Sinica währte mindestens 1.500 Jahre, eine Zeit ohne nennenswerte Kriege in Zentral-, Süd- und Ostasien, ohne Länder- und Völkervernichtungen, ohne Rassismus, ohne Sklaverei (wie in der europäischen Antike) und ohne bäuerliches Leibeigentum (wie im europäischen Mittelalter). Asien war entlang der alten Seidenstraßen und ihren Handelszentren, auch immer multikulturell und multireligiös.

Nach dem »Jahrhundert der Demütigung«, 1950, repräsentierte China nur noch 4,6 Prozent des WSP. Nach Hungersnöten und der Kulturrevolution waren es bis 1980, dem Beginn von »Reform und Öffnung«, noch 2,3 Prozent.

Und heute? Eine Bedrohung der »freien Welt« durch einen Wiederaufsteiger, der »uns alle« abhängig machen will? 2022 hat China einen WSP-Anteil von 18,9 Prozent, bei einem Anteil an der Weltbevölkerung von 18,5 Prozent (!). Chinas Stellung im Exportmarkt ist dabei mit 15,5 Prozent Weltexportanteil im Verhältnis zum Bevölkerungsanteil sogar unterdurchschnittlich: Faktor 0,8. Die Zahlen für Deutschland: 7,3 zu 1,1 Prozent, Faktor 6,6. Wer also macht hier andere abhängig von seinen Gütern, entsprechenden Krediten, Kapitalexporten, seiner Währung und am Ende seinen »Werten«? China hat das riskante Exportweltmeistermodell schon lange aufgegeben und überlässt es dem exportabhängigen Deutschland. Und Chinas Kredite an andere Länder werden gedeckelt, bevor es zu einer Schuldenabhängigkeit kommt, im Gegensatz zu Weltbank und IWF.



Teil der neuen Seidenstraße: Beladung von Containerzügen im Hafen Duisburg-Rheinhausen

China tickt anders

Neue alte Normalität

China wird als systemisch mobilisiertes, effektives und innovatives Land seinen Anteil am WSP noch erhöhen. Zwar werden es keine 40 Prozent mehr, aber wir sind offenbar auf dem Weg zurück zu einer jahrtausendealten historischen Normalität. Und vor dem geschichtlichen Hintergrund ist Chinas heutiges Selbstverständnis als größtes Entwicklungsland zu verstehen. Sein nominales Pro-Kopf-SP liegt mit etwa 13.000 US-Dollar p. a. (nominal) immer noch unter dem Weltdurchschnitt.

Die Außenpolitik Chinas versteht sich seit 1949, dem Gründungsjahr der Volksrepublik, als antihegemonial und multipolar; es werden multilaterale statt bilateral-exklusive Abkommen geschlossen und in multilateralen Foren mit den jeweiligen Ländergruppen regelmäßig und transparent verhandelt. Das Land ist Teil der UN-Süd-Süd-Kooperation, alle chinesischen Initiativen sind in die UNO integriert. Und seit 30 Jahren führt die erste Reise des chinesischen Außenministers im Jahr nach Afrika.

Das Prinzip der friedlichen Koexistenz bedeutet bekanntlich strikte nationale Souveränität und territoriale Integrität aller Länder, strikte Nichteinmischung, Nichtangriff, Entwicklung von Win-Win-Kooperationen – alles heute integriert in die Schanghai Organisation für Zusammenarbeit (engl. Shanghai Cooperation Organisation, SCO), BRICS oder die neue Ostasiatische Freihandelszone (Regional Comprehensive Economic Partnership, RCEP), die 2021 begann. China hat eine starke Friedens- und Nichtangriffsverpflichtung in seiner Verfassung. Die SCO bekräftigt seit 2001: Unsere Mitglieder werden nicht zuerst Atomwaffen einsetzen (man vergleiche die Leitlinien der NATO).

Und die stets betonten »chinesischen Charakteristika« bedeuten: »Unser System gilt nur für uns!« Es ist, anders als eurozentriert- und angelsächsisch-imperiales Denken, kein Exportprodukt. Die Nichteinmischung geht so weit, dass China wohlgesinnte westliche Thinktanks dem

Land empfehlen, bei seinen Infrastrukturinvestitionen in manchen institutionell schwachen Entwicklungsländern stärker regulierend einzugreifen, um die ökologischen Standards dort auf das hohe innerchinesische Niveau zu heben.

Globale Initiativen

Viele außenpolitische Initiativen der Volksrepublik sind hierzulande unbekannt, von der Globalen Entwicklungsinitiative, GDI, der Globalen Sicherheitsinitiative, GSI, bis zur Globalen Zivilisationsinitiative, GCI. Sie werden heute von jeweils mehr als einhundert Ländern unterstützt, die diese Themen im Rahmen der UN mit konkreten Kooperationen unterfüttern.

Beijing initiierte auch rasch eine Aufbaukonferenz »C5+1« (Zentralasien und China) aller Nachbarländer für Afghanistan, die die schlimmste Hungersnot dort verhindern konnte und das Land wieder mit Zentralbankreserven ausstattete, welche die rund neun Milliarden Dollar Zentralbankreserven, die die USA dem Land gestohlen haben, ersetzen. Jetzt, nachdem das Knie des Weltpolizisten nicht mehr auf seinen Hals drückt, kann Afghanistan wieder halbwegs atmen. Aber davon erfährt man in den hiesigen Leitmedien nichts. Die Macht der Produktivkraftentwicklung wird am Ende auch bei den Taliban die Produktionsverhältnisse und die sozialen und politischen Verhältnisse in Richtung Fortschritt umwälzen. Unübersehbar aber war sogar hierzulande die überraschende »Versöhnungsinitiative Iran-Saudi-Arabien« unter chinesischer diplomatischer Regie.

Seit 2020 gibt es den chinesischen Süd-Süd-Kooperationsfonds, angesiedelt beim UN-»High-Level Political Forum«, ferner einen chinesischen Klimafonds für die ärmsten Länder und seit 2021 (COP 15 in Kunming und Montreal) den chinesi-

schen Kunming-Diversitätsfonds für den globalen Süden.

Die meisten Sonderorganisationen der Vereinten Nationen, vom UN-Umweltprogramm (UNEP) über die Welthandels- und Entwicklungskonferenz (UNCTAD) bis zum Welternährungsprogramm (WFP), organisieren Reisen von Staatspräsidenten, Ministern, Experten und Journalisten nach China, z. B. zu den riesigen neugepflanzten Waldgebieten, die die Wüsten zurückdrängen. Maßnahmen zur Armutsbeseitigung und zur Minderheitenförderung werden von den UN als vorbildlich evaluiert. Letztere wurden von Delegationen begutachtet, vor allem in Xinjiang, und mit viel Lob von den islamischen Staaten bedacht und sogar von der Weltbank, die seit mehr als einem Jahrzehnt die Berufsbildungsoffensive in Xinjiang fördert. Nur westliche Politiker haben die Einladungen nach Xinjiang seit 2017 konsequent ausgeschlagen.

Die Neuen Seidenstraßen (engl. Belt and Road Initiative, BRI) sind laut World Resources Institute (22. März 2022) die »ambitionierteste Infrastruktur-Investitionsanstrengung in der Geschichte«. Die Unternehmensberatung McKinsey (Report 9/2019) charakterisiert die damit verbundenen neuen internationalen Wertschöpfungsketten-, Netzwerk- und lokalen Clusterstrategien als »die nächste Phase der Globalisierung«. Die BRI komme ferner »systematisch und substantiell den Empfängerländern zugute«, in Form von erhöhtem nationalen Anlagekapital, mehr lokaler Beschäftigung, mehr Konsum und SP-Wachstum, Existenzgründungen, mehr Schülern und Studenten (fast eine halbe Million Afrikanerinnen und Afrikaner studiert in China!). Der UN-BRI-Report vom Juni 2021 bezeichnet die BRI als »eine Säule von Entwicklung, Umweltschutz, Integration und Gerechtigkeit«. Die Johns Hopkins University konstatiert: »Chinas Engagement trifft

Afrikas Infrastrukturbedürfnisse«; die Carnegie Foundation: »(Die BRI) trägt zur nachhaltigen Bekämpfung von Afrikas Armut bei«; McKinsey: »(Die BRI) bedient die Bedürfnisse der afrikanischen Märkte (...) insgesamt für Afrikas Volkswirtschaften und Arbeitnehmer sehr positiv.« Das australische Lowy Institute: »Chinesische Projekte geben den jungen Ökonomie, was sie brauchen (...), sie lokalisieren ihre Arbeitskräfte (...) China und chinesische Firmen hören auf lokale Bitten und passen sich entsprechend an«; und die Konrad-Adenauer-Stiftung in Afrika (Dakar): »China besitzt in Afrika einen guten Ruf (...) die Medien berichten positiv über Chinas Präsenz.« Repräsentative Befragungen in Afrika (»Afrobarometer«) bestätigen das. Häufigste Begründung: Erstmals spricht man mit uns auf Augenhöhe.

Wolfram Elsner ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Bremen. Seit 2015 lehrt Elsner auch als Gastprofessor an der School of Economics der Jilin-Universität in Changchun, China

Die neue globale Stellung der Volksrepublik. Von Wolfram Elsner

ANZEIGE



René Bohnstingl, Linda Lilith Obermayr und Karl Reitter

Corona als gesellschaftliches Verhältnis

Brüche und Umwälzungen im kapitalistischen Herrschaftssystem

Am 11. März 2020 rief die WHO die Pandemie aus und überzog damit weltweit alle Bereiche des gesellschaftlichen, ökonomischen, kulturellen und sozialen Lebens mit einer Flut an staatlichen Maßnahmen. Diese Eingriffe werden aus der Perspektive der Herrschaftskritik analysiert.

344 Seiten, 26 €, ISBN 978-3-946946-36-6

mangroven
ERLAG

Am Wolfskopf 30, 34130 Kassel
info@mangroven-verlag.de
www.mangroven-verlag.de
shop.mangroven-verlag.de

Denken im verborgenen

Wang Huning gilt als der einflussreichste politische Theoretiker Chinas. **Von Marc Püschel**

Marc Püschel lebt als freier Autor in Berlin, schreibt schwerpunktmäßig über Philosophie, Geschichte und China. Ehrenamtlich leitender Redakteur der marxistischen Philosophiezeitschrift *Aufhebung*

Für Slavoj Žižek ist er der »vielleicht wichtigste Intellektuelle der Gegenwart«, und der slowenische Philosoph steht mit dieser Meinung nicht allein da. Die Stimmen, die in Wang Huning einen der einflussreichsten Denker der Welt sehen, mehren sich. Allerdings, ein merkwürdiger Intellektueller scheint er zu sein. Er tritt kaum öffentlich auf, er gibt keine Interviews, besucht keine akademischen Veranstaltungen oder Konferenzen und hat seit nunmehr fast 28 Jahren nichts mehr publiziert. Sein Einfluss scheint ein genuin politischer zu sein: Seit 2002 ist Wang Mitglied des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh), seit 2012 Mitglied des Politbüros und seit 2017 Mitglied des siebenköpfigen Ständigen Ausschusses des Politbüros, des mächtigsten Gremiums Chinas. Darüber hinaus ist er seit März dieses Jahres Vorsitzender der Politischen Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes, des höchsten beratenden Gremiums im chinesischen Staatsapparat, in dem nicht nur die KPCh, sondern auch die anderen Parteien Chinas sowie Massenorganisationen und nationale Minderheiten vertreten sind. Zu guter Letzt machte ihn Xi Jinping dieses Jahr zum neuen Chefstrategen in der Taiwan-Frage.

Wang, so lässt sich schlussfolgern, hat immensen politischen Einfluss. Dennoch ist seine Funktion vorrangig die eines Theoretikers. Politisch tritt er fast nie eigenständig auf, Auslandsreisen oder wichtige Termine macht er nur als Begleitung von Xi Jinping. Als einziges Politbüromitglied hat er nie eine Provinz oder eine Stadt geleitet, weswegen er auch keine eigene »Machtbasis« innerhalb der Partei besitzt. Dafür arbeitete er seit 1995 im Büro für Politische Forschungen des Zentralkomitees der KPCh (Central Policy Research

Office, CPRO), wurde 1998 stellvertretender und 2002 Direktor dieses staatlichen Thinktanks. Ehrfurchtsvoll wird er daher auch »Guoshi« (etwa: Lehrer des Staates) genannt, wie früher einflussreiche Berater im chinesischen Kaiserreich. Doch was er theoretisch vertritt, lässt sich, da er mit seinen Standpunkten nicht mehr öffentlich in Erscheinung tritt, nur noch indirekt erschließen. Also der Reihe nach.

Basis und Überbau

Wang wurde im Oktober 1955 in Shanghai geboren. Seine Familie, eigentlich eine Familie mit revolutionärer Tradition aus Shandong, war während der Kulturrevolution auch von Verfolgungen betroffen, doch Wang selbst blieb weitgehend unbehelligt. Der introvertierte Jugendliche entging einer dauerhaften Verbannung zum Arbeitsdienst auf dem Land. In Ermangelung eines normalen Universitätsbetriebs begann er ab 1974, an einem Sprachprogramm der Pädagogischen Universität Shanghai teilzunehmen, wo er einige Jahre Französisch studierte. Erst 1978 wurde der geregelte akademische Betrieb wieder aufgenommen, und Wang war einer der ersten, die das neue Eintrittsexamen (»Gaokao«) ablegten. Er schnitt so gut ab, dass er direkt für das Masterprogramm Internationale Politik an der Fudan-Universität zugelassen wurde.

Seine Karriere verlief steil. 1981 erhielt er seinen Masterabschluss, 1985 wurde er, kaum 30 Jahre alt, zum Professor für internationale Politik ernannt. Dass er seit 1984 Mitglied der KP war, mag geholfen haben, doch seine außerordentliche Begabung ist unumstritten. Schon in seiner Dissertation mit dem Titel »Von Bodin bis Maritain: Über Souveränitätstheorien der westlichen Bourgeoisie« stellt

中国国家版本

Analytiker der hochentwickelten kapitalistischen Gesellschaften, Berater der KP Chinas: Wan Huning

der als Workaholic beschriebene Wang sein Wissen um quasi die gesamte westliche politische Literatur unter Beweis. Bis 1995 schrieb er über ein Dutzend Bücher und unzählige wissenschaftliche Aufsätze und Essays. Schnell galt er als einer der führenden Politikwissenschaftler des Landes. Dass er jemals die akademische Laufbahn verlassen würde, war zwar nicht abzusehen, doch machen seine theoretischen Positionen es nachvollziehbar, warum er später in die Politik berufen wurde.

In seinem vielleicht wichtigsten Essay, »Die Struktur der sich wandelnden politischen Kultur Chinas«, arbeitete er 1988 die Grundproblematik heraus, vor der China stand. Für Wang steht die politische Kultur Chinas in einem Missverhältnis zu der technischen und wirtschaftlichen Entwicklung. Erstere nennt er als Ensemble die »Software« der Gesellschaft und fasst darunter Werte, Gefühle, psychologische Einstellungen und kulturelle Prägungen zusammen (in einem weiten Sinne: den politisch-geistigen Überbau), die letztere nennt er die »Hardware« (die ökonomische Basis). Während diese sich, etwa durch Revolutionen, sehr rasch komplett verändern kann, hinkt der Wandel der »Software« hinterher und passt sich erst langsam an eine neue Produktionsweise und neue politische Institutionen an. Zu einem Problem wird dies besonders dann, wenn sich mehrere »Softwares« überlagern. Für China konstatiert Wang, dass es innerhalb eines Jahrhunderts drei politische Kulturen erlebt habe, nämlich die klassische des ausgehenden Kaiserreichs, die modern-demokratische nach westlichem Vorbild und die marxistische. Keine dieser Kulturen besitze aber noch tiefe Wurzeln, ihre jeweiligen Wertesysteme existierten nebeneinander und überlagerten sich teilweise.

Die marxistische politische Kultur kann sich nicht vollends durchsetzen,

wenn die Produktivkräfte nicht entwickelt werden. Die Entwicklung der Produktivkräfte aber wiederum wird gerade durch den chaotischen Zustand der politischen Kultur gehemmt. Wang macht dies – auch mit Hilfe statistischer Auswertungen und Befragungen – daran fest, dass nach der Kulturrevolution keinerlei Vertrauen mehr in Institutionen herrscht, und die Identifikation mit dem politischen System niedrig ist. Im Chaos der Wertesysteme greifen die Menschen auf Altbewährtes zurück und entfernen sich geistig noch weiter von der KPCh und den staatlichen Institutionen. Dies wird zu einem besonderen Problem, so Wang, da China vor der Herausforderung steht, den Übergang zu einer institutionalisierten politischen Ökonomie zu gestalten.

Die schnelle Bekämpfung eines alten Wertesystems ist nicht möglich, die Kulturrevolution hat dies bewiesen. Ebenso wenig kann sich eine neue Kultur schnell herausbilden. Wang verweist auf das mit der Renaissance aufkommende Wertesystem des Westens, das 300 Jahre gebraucht habe, um sich durchzusetzen. Eine »Anarchie« der Wertesysteme ist aber ebenso schädlich. Daher müsse gezielt eine politische Kultur geformt werden, in der alte und neue Werte friedlich nebeneinander bestehen können, damit die Produktivkraftentwicklung nicht mehr gehemmt und die Voraussetzung für einen langsamen Übergang zu einer entwickelten sozialistischen Kultur geschaffen wird. Man müsse »die Flexibilität der traditionellen Werte mit dem modernen Geist verbinden, damit die Komponenten der modernen Struktur, die den Geist der modernen Demokratie und des Humanismus verkörpern, die Unterstützung finden, die sie brauchen, um Wurzeln zu schlagen und zu wachsen«. Wang fordert daher: »Die Erneuerung der politischen Kultur ist die grundlegende Basis für den Aufbau einer demokratischen Politik in China und eine

ANZEIGE



Beat Schneider Chinas langer Marsch in die Moderne Zwanzig nicht-eurozentristische Thesen

Menschenrechte, Uiguren und Taiwan, digitale Überwachung – wie berechtigt sind die Vorwürfe im Westen? Ist Xi Jinping wirklich ein zweiter Mao? China und der Westen – wer bedroht wen? Droht die Gegnerschaft der USA in einen heißen Krieg zu münden? Beat Schneider geht den zentralen Fragen zur neuen Weltmacht nach.

ISBN 978-3-89438-792-1 – 333 Seiten – € 22,90



Wolfram Elsner China und der Westen | Aufstiege und Abstiege Vom alten Reich der Mitte zum gegenwärtigen Konflikt

Kann ein großer Konflikt, bis hin zu einem heißen Krieg des Absteigers gegen den Aufsteiger vermieden und die Thukydides-Falle umgangen werden? Kommt der Westen zu einer realistischeren Einschätzung Chinas? Und akzeptiert er dessen Anspruch auf Gleichberechtigung? Sind friedliche Koexistenz und Kooperation auf Dauer möglich?

ISBN 978-3-89438-777-8 – Klappenbr., 271 Seiten – € 22,00



Wang Kang hält eine Rede anlässlich der Eröffnung des Chinesischen Nationalarchivs für Publikationen und Kultur in Beijing (30.7.2022)

wichtige Voraussetzung dafür, dass das sozialistische System seine Überlegenheit unter Beweis stellen kann.« Diese Erneuerung könne aber nur von einem starken Zentralstaat umgesetzt werden.

Von Amerika lernen

1988 wurde Wang von den Universitäten Iowa und Berkeley eingeladen, als Visiting Scholar in die USA zu kommen. Von August 1988 bis Februar 1989 war Wang in den USA, besuchte über 30 Städte, ging in Fabriken und an Universitäten, auf Wahlkampfveranstaltungen und sogar in Amish-Gemeinden. Seine Erfahrungen legte er 1991 in dem Buch »America Against America« nieder.

Das Werk ist mehr als ein reiner Erlebnisbericht und bietet einen Überblick über das politische und gesellschaftliche System der USA mit zahlreichen wissenschaftli-

chen Reflexionen – vergleichbar mit Alexis de Tocquevilles Klassiker »Über die Demokratie in Amerika« aus dem 19. Jahrhundert. Wangs Intention ist klar: Bereits im Vorwort warnt er davor, den Kapitalismus zu unterschätzen und stellt sich die Frage, wie die USA trotz der kurzen Dauer ihrer Existenz die mächtigste und entwickeltste Nation werden konnten.

Unvoreingenommen und mit einer fraprierenden Beobachtungsgabe analysiert Wang fast alle Bereiche der USA. Nüchtern beschreibt Wang die Vor- und Nachteile einer vollständig durchkommerzialisierten und durchregulierten Gesellschaft. In vielerlei Hinsicht sieht er die USA sogar als vorbildhaft an, insbesondere was die Offenheit für technische Innovationen angeht. Angesichts der erstaunlich weiten Verbreitung von Computern, Kreditkarten und anderer Technik zeigt er sich beeindruckt, obwohl er bereits Probleme wie Computerviren oder Umweltverschmutzung vorausieht. »Wenn man die Amerikaner überwältigen will, muss man eine Sache tun: sie in Wissenschaft und Technik übertreffen«, schreibt Wang, und bringt dies aber sogleich mit der Frage nach der politischen Kultur in Verbindung: »Die Frage ist, wie man die Wertkontinuität von der technischen und materiellen Innovation trennen kann, so dass die Wertkontinuität die Entwicklung der letzteren gewährleistet und die Entwicklung der letzteren die Wertkontinuität und -übertragung stärkt.«

Erst auf den letzten 40 Seiten des Buches kommt Wang auf die Krisenerscheinungen der US-Gesellschaft zu sprechen. Der Niedergang der klassischen Familie, das schlechte Bildungssystem, Drogenkonsum, organisiertes Verbrechen, Armut, Obdachlosigkeit, Rassismus und ein geistiger Nihilismus sind die wichtigsten Phänomene, die er untersucht. Wang bezieht sich dabei u. a. auf den US-Philosophen Allan Bloom, Schüler von Leo Strauss und seinerseits wiederum Lehrer von Francis Fukuyama.

Sein hierzulande unbekanntes, aber in den USA berühmtes Buch »Der Niedergang des amerikanischen Geistes« zeichnet aus neokonservativer Perspektive ein äußerst pessimistisches Bild der Vereinigten Staaten. Wie Bloom sieht Wang überall in den USA einen Werteverfall, den er auf den herrschenden Liberalismus und extremen Individualismus zurückführt. Er sieht sich in seiner politischen Haltung bestärkt und fragt sich: »Wie kann das soziale System bewahrt werden, wenn das Wertesystem kollabiert?«

Sonderlich originell ist diese Kritik nicht, mitunter nimmt sie sich sogar geradezu banal aus, etwa wenn sie die kollektivistischere Kultur Japans als Gegenbeispiel preist. Auch dass Wang damals Phänomene wie Donald Trump und die soziale Desintegration der USA vorhergesehen habe, lässt sich nur bedingt sagen. Andererseits lässt sich nur vor dem Hintergrund der Erfahrungen in den USA seine Rolle in der chinesischen Politik verstehen. Das »Tiananmen-Massaker« war nur ein paar Monate nach seiner Rückkehr, und die ökonomischen Reformen Deng Xiaopings begannen, zahlreiche gesellschaftliche Probleme zu produzieren, die denen der USA ähnelten. Wangs Plädoyer für einen starken Zentralstaat, der versucht, politische und kulturelle Werte zu setzen, während gleichzeitig das Wirtschaftswachstum beibehalten wird, schien höchstaktuell. Als mahndendes Beispiel stieß »America Against America« in der Führungsrunde der KPCh auf fruchtbaren Boden.

Im inneren Kreis

Für noch mehr Furore als mit seinem Buch sorgte Wangs Rolle bei der »International Intercollegiate Debating Championship«. Der Professor war schon seit einigen Jahren Trainer des Debattierklubs der Fudan-Universität, der Rhetorik in philosophischen, rechtlichen und politi-

schen Fragen übte. Unter seiner Führung gewannen die Chinesen 1993 den in Singapur stattfindenden internationalen Debattierwettbewerb – im Finale ausgerechnet gegen die National Taiwan University. Die Debatten wurden live im chinesischen Fernsehen übertragen und Wang damit auch über die akademischen Kreise hinaus berühmt. Shanghaier Parteiführer empfahlen daraufhin dem Generalsekretär Jiang Zemin, ihn zu rekrutieren. Jiang konnte den hochintelligenten, aber zurückhaltenden Professor, der eigentlich nicht das Naturell eines Politikers besitzt, überzeugen, 1995 ging Wang nach Beijing und wurde Vorsitzender der Politabteilung des erwähnten CPRO.

Seither hat er mit fast allen Akademikern den Kontakt abgebrochen, ins Ausland geht er nur noch als Begleitung der Parteiführer, das Publizieren stellte er ganz ein. Wie er die KPCh berät, unterliegt strikter Geheimhaltung. Dennoch lassen sich Rückschlüsse ziehen. Laut den meisten politischen Beobachtern gehen alle ideologischen Leitlinien in dieser Zeit auf Wang zurück: sowohl das »Dreifache Vertreten« unter Jiang Zemin als auch die »Wissenschaftliche Theorie der Entwicklung« unter Hu Jintao (Generalsekretär ab 2002) und der »Chinesische Traum zur Wiederbelebung der Nation« unter Xi Jinping (ab 2012). Die drei politischen Linien sind recht allgemeine Vorgaben, wie mit der widersprüchlichen Entwicklung Chinas umzugehen sei. Unter den sehr vage formulierten Maximen verbergen sich aber oft folgenreiche konkrete Entscheidungen, etwa wurde es durch das »Dreifache Vertreten« auch Kapitalisten erlaubt, Mitglied der KPCh zu werden. Flankiert wurden die Leitlinien von anderen Maßnahmen, die Wang wohl mitinitiiert hat, darunter etwa die planvolle Wiederbelebung des Konfuzianismus (dem er bereits in den 80er Jahren eine die politische Kultur konsolidierende Rolle zuschrieb), die Belt-and-Road-Initiative, den neueren Kampf gegen die chinesischen Techkonzerne und die begleitenden staatlichen Moralkampagnen.

Wang als »Graue Eminenz« zu bezeichnen, wie es viele westliche Medien tun, dürfte an der Realität vorbeigehen, da es nicht nur alle anderen an der Meinungsbildung in der KPCh beteiligten Theoretiker (etwa das gesamte CPRO) missachtet, sondern auch seine politische Rolle überbewertet. Die Stärke des Wissenschaftlers scheint gerade darin zu liegen, dass er sich politisch zurückhält und rein beratend tätig ist. Nur dadurch konnte er über drei Generationen von Generalsekretären hinweg wirksam werden. So stellt er die einzige hochrangige personelle Kontinuität der vergangenen drei Jahrzehnte in der chinesischen Politik dar. Das macht ihn in der Tat zum wichtigsten Strategen der KPCh.

ANZEIGE

Aus dem jungen Welt-Shop

Auf dem langen Marsch
Chinas Aufstieg. Eine junge Welt-Artikelserie von Jörg Kronauer
Verlag 8. Mai, Broschüre, 40 Seiten, 3,00 Euro (zzgl. Versand)

Jetzt bestellen unter:
www.jungewelt-shop.de
Erhältlich auch im jungen Welt-Laden
Torstr. 6, 10119 Berlin · Öffnungszeiten:
Mi–Fr, 13–18 · Tel.: 0 30/53 63 55 68

china hansa travel **Sonderreisen**

Wiege der Kultur und Revolution
15 Tage China-Rundreise ab € 3.595,-

Neue Seidenstraße
8 Tage Usbekistan-Rundreise ab € 995,-

Gründungstag der Partei
11 Tage Nordkorea-Rundreise ab € 2.250,-

China Hansa Travel e.K. Richardstr. 66 22089 Hamburg
www.china-hansa-travel.de
Telefon: 040 22693256
Email: info@china-hansa-travel.de



PICTURE ALLIANCE / SERGEI BOBYLEV/TASS/DPA

Erinnerung an die Oktoberrevolution: Zum hundertsten Jahrestag demonstrieren Anhänger der KP der Russischen Föderation am 7. November 2017 in Moskau

Sebastian Carlens leitet den Verlag B. Mai GmbH, in dem die *junge Welt* erscheint

Im Jahr 1949 wurde das sowjetische Lied »Moskau-Beijing«, das die Freundschaft zwischen der UdSSR und der gegründeten Volksrepublik China feiert, zum Gassenhauer in Moskau und Leningrad: »Russen und Chinesen sind für immer Brüder«, lautet der Refrain des damals populären Stückes. Die Sowjetunion hatte den neuen Staat als erste anerkannt. Die chinesischen Kommunisten wiederum sahen im Lande Lenins das Vorbild, China aus dem Mittelalter in den Sozialismus voranzubringen. Dazu war ausländisches Know-how unerlässlich: Es gab so gut wie keine moderne Industrie und erst recht keine ausreichende Anzahl an Ingenieuren und Naturwissenschaftlern. Ohne die Waffenbrüderschaft mit der UdSSR wäre die Volksrepublik obendrein verwundbar gegenüber der US-amerikanischen Atommacht gewesen, die Japan und Südkorea besetzt hielt.

Dieser Höhepunkt sowjetisch-chinesischer Freundschaft sollte allerdings nur wenige Jahre anhalten, bevor ein Zerwürfnis zwischen den beiden kommunistischen Parteien und den von ihnen regierten Staaten dazu führte, dass auch der Hit »Moskau-Beijing« nur noch als Melodie ohne den freundschaftlichen Text gespielt werden

Moskau–Beijing

Von »ungleichen Verträgen« zur Waffenbrüderschaft: China und Russland teilen eine komplexe gemeinsame Vergangenheit. **Von Sebastian Carlens**

sollte. Doch ein kurzer Blick zurück: Die ausgedehnte gemeinsame Grenze täuscht darüber hinweg, dass sich Russen und Chinesen historisch nicht allzu lange kannten. Jahrtausende hindurch hatten die Han-Chinesen zwar Kontakte zu kriegerischen nördlichen Nomadenvölkern, ethnische Russen jedoch waren erst seit dem 17. Jahrhundert in die Grenzregionen vorgedrungen. Der russische Ferne Osten war, wie auch weite Teile Sibiriens, erst spät vom zaristischen Regime kolonisiert worden. Der Niedergang der letzten chinesischen Kaiserdynastie ermöglichte es ihm, im 19. Jahrhundert vormals chinesische Territorien zu besetzen. 1860 wurde an Stelle des Fischerdorfes Haishenwai die Stadt Wladiwostok (der Name ist programmatisch zu verstehen und bedeutet »Beherrsche den Osten«) gegründet. Diese Eroberung war Teil der Umzingelung Chinas, die Abtretung dieser Gebiete erfolgte unter Zwang anhand »ungleicher Verträge«. Bis zur Oktoberrevolution 1917 war Russland in den Augen der Chinesen eine imperialistische Macht, die sich an der Zerschlagung des riesigen Landes beteiligte. Auch Konflikte wie der russisch-japanische Krieg 1904 wurde zu guten Teilen auf chinesischem Boden ausgefochten.

Erst nach dem Sieg der Bolschewiki 1917 sollte sich dies ändern. Zwar hatten die Revolutionäre um Lenin Ostasien anfänglich nicht im Blick – sie hofften auf eine Revolution in Deutschland und versuchten, in der Kronkolonie Indien sowie im Iran Aufstände gegen die Briten, die damals aggressivste antisowjetische Kraft, zu unterstützen. Doch 1919, mit dem Wiederaufflammen von Unruhen in China, erkannte Moskau, dass sich eine revolutionäre Situation zusammengebraut hatte. Es wurden Institutionen der Kommunistischen Internationale (Komintern) gegründet, die die Lage unterstützen sollten. Die Sowjetregierung annullierte und veröffentlichte die Raubverträge, die das Zarenreich China aufgezwungen hatte (Wladiwostok blieb allerdings sowjetisch, China erhob keine Ansprüche mehr auf die nördlichen Verluste im 19. Jahrhundert). Für chinesische Antiimperialisten

war dies ein wichtiges Signal – und ein entscheidender Unterschied zum Verhalten der westlichen Mächte und Japans, die trotz Chinas Anteil am Sieg im Ersten Weltkrieg ihre Umzingelungspolitik unvermindert brutal fortsetzten. Fortschrittliche Chinesen gaben ihre Hoffnungen in bürgerlich-demokratische Reformen auf und begannen, sich mit der Weltanschauung der Bolschewiki auseinanderzusetzen. Hier entstand die Keimzelle der späteren Kommunistischen Partei Chinas (KPCh).

Die 1921 gegründete KPCh trat ein Jahr später der Komintern bei. Auch die bürgerliche Guomindang erfuhr Förderung aus der Sowjetunion; unter ihrem Gründer Sun Yat-sen hatte die Partei zunächst einen sowjetfreundlichen Kurs eingeschlagen. China blieb im weltrevolutionären Fokus der Komintern und der UdSSR. Nicht verschwiegen werden soll, dass die zunehmende Unterordnung der Komintern unter Erfordernisse der sowjetischen Innenpolitik Probleme mit sich brachte: Die »richtige« China-Strategie spielte eine wesentliche Rolle in den sowjetischen Fraktionsauseinandersetzungen. Voluntaristische Abenteuer forderten Zigttausende Opfer – unter chinesischen Kommunisten, die bis Mitte der 30er Jahre um den richtigen Kurs rangten. Erst der innerparteiliche Sieg Mao Zedongs sollte diese Frage klären: Die Einbeziehung der verarmten Landbevölkerung, die im kaum kapitalisierten China die bedeutende Mehrheit stellte, war die entscheidende Weichenstellung zum Sieg der Revolution.

Die ersten Jahre der neuen Volksrepublik waren die Zeit des engsten Bündnisses mit der UdSSR. Ohne sowjetische Unterstützung wären die ersten beiden Fünfjahrespläne nicht realisierbar gewesen. Diese wiederum legten die schwerindustrielle Basis für die spätere chinesische Entwicklung. Ab 1956 verschlechterten sich die Beziehungen sukzessive; Streitpunkte waren Fragen territorialer Souveränität und innersowjetischer Arbeitsteilung. Zu Beginn der 60er Jahre drohte der Konflikt in eine militärische Auseinandersetzung zu eskalieren. Eine wirkliche Versöhnung der

beiden sozialistischen Mächte sollte nicht mehr gelingen. Am 15. Mai 1989 reiste der letzte sowjetische Staatschef Michail Gorbatschow schließlich zu einem Staatsbesuch nach Beijing. Sein Ziel war die Aufbringung chinesischer Kredite für die taumelnde Sowjetwirtschaft, der »Glasnost« und »Perestroika« den Rest gegeben hatten. China, damals noch ein armes und unterentwickeltes Land, begrüßte den Untergang der UdSSR keineswegs, konnte jedoch auch nicht helfen. Eine Welt ohne UdSSR, das war der chinesischen Führung klar, wäre jedoch erheblich gefährlicher, da China nunmehr allein auf weiter Flur gegen die Imperialisten bestehen müsste. Exakt so sollte es kommen: Die Einkreisung der Volksrepublik durch NATO, EU, USA und Japan ist die Konsequenz aus dem Scheitern des europäischen Realsozialismus – die spätere Wiederannäherung des postrevolutionären Russlands an China allerdings ebenfalls, wenn auch unter völlig anderen Umständen als 1949.

ANZEIGE

Buchhandlung & Antiquariat

Der kleine Buchladen

im Karl-Liebknecht-Haus

In der Mitte Berlins
Weydingerstr. 14-16
10178 Berlin



www.kleinerbuchladen.de
Instagram:
@kleinerbuchladen
030 / 247 246 83

3 Wochen gratis testen!

Probabo endet automatisch und muss nicht abbestellt werden.

Jetzt bestellen unter
jungewelt.de/probeabo
oder 0 30/53 63 55 84

Die »Freundschaft zwischen unseren beiden Staaten kennt keine Grenzen, es gibt keine »verbotenen« Gebiete für die Kooperation«. Der Satz aus der Gemeinsamen Erklärung, auf die sich die Präsidenten Chinas und Russlands, Xi Jinping und Wladimir Putin, am 4. Februar 2022 am Rande der Olympischen Winterspiele in Beijing einigten, wird im Westen immer wieder als Beleg für die Behauptung herangezogen, Beijing und Moskau seien aufs engste verbündet; sie unterstützen sich gegenseitig fast bedingungslos. »Gefährliche Freunde«, titelte in ihrer September-/Oktober-Ausgabe etwa die Fachzeitschrift *Internationale Politik* und widmete sich in mehreren Beiträgen der Frage, was der Westen von der chinesisch-russischen Kooperation zu erwarten respektive zu befürchten habe. 59 Prozent der deutschen Bevölkerung machten sich nach einer Umfrage große oder sogar sehr große Sorgen darüber, dass China und Russland »immer enger« zusammenarbeiteten, berichtete das Blatt; nur 40 Prozent gäben sich wenig oder gar nicht besorgt.

Nähe und Distanz

Ist das chinesisch-russische Bündnis tatsächlich so eng, wie immer wieder behauptet wird? Nun, wer im Getümmel der globalen Machtkämpfe nicht völlig den Überblick verlieren will, tut gut daran, sich zunächst einmal kühl auf die materielle Interessenlage beider Staaten zu besinnen. China befindet sich in einem ökonomischen Aufstieg, der seinesgleichen sucht. Es ist mittlerweile nach Angaben der Weltbank, berechnet nach Kaufkraftparität, das Land mit der größten Wirtschaftsleistung weltweit (30,33 Billionen US-Dollar im Jahr 2022); seine rasante technologische Entwicklung hat es in allerlei Hightechbranchen an die Weltspitze gebracht. Russland ist der Rangliste der Weltbank zufolge, ebenfalls nach Kaufkraftparität, das Land mit der fünfgrößten Wirtschaftsleistung, allerdings recht weit abgeschlagen hinter China (5,33 Billionen US-Dollar); technologische Spitzenleistungen erzielt es noch in der Rüstungsbranche, ist aber sonst weithin auf die Rolle des Rohstoffexporteurs reduziert. Das bedeutet: Russland steht bei allzu enger Kooperation mit dem ökonomisch übermächtigen China stets vor der Gefahr, an die Wand gedrückt zu werden. Dies hat, solange Moskau auf eine gute Zusammenarbeit mit Europa hoffen konnte, regelmäßig für gewisse Vorbehalte gegenüber Beijing gesorgt.

China wiederum hat bei seinem ökonomischen Aufstieg von seiner engen wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit den westlichen Industriestaaten profitiert und zieht noch heute Nutzen aus der Koope-



Die Präsidenten Chinas und Russlands, Xi Jinping und Wladimir Putin, bei einem Empfang im Kreml (21.3.2023)

Seite an Seite

Russland und China wenden sich gemeinsam gegen die westliche Weltordnung. Dennoch bleiben Widersprüche bestehen. **Von Jörg Kronauer**

ration mit ihnen. Es hat also wenig Interesse daran, globale Spannungen mit dem Westen anzuzünden. Das führte schon vor fast zwei Jahrzehnten zu Differenzen mit Russland, das – es ist militärisch stärker als ökonomisch – manchmal die Fähigkeiten seiner Streitkräfte offen, zuweilen provozierend zur Schau stellte. Ein frühes Beispiel: Im August 2005 hielt die Shanghai Cooperation Organisation (SCO) ein Großmanöver ab und verband es auf Drängen Moskaus – in Reaktion auf allerlei »Farbrevolutionen« – mit deutlichen Warnungen an die NATO-Staaten. Das Vorgehen löste im Westen Unmut aus. Auf Beijings Drängen blieben in den folgenden Jahren ähnlich provokante Äußerungen der SCO aus. Russland hat später bekanntlich begonnen, militärisch in direkter Konfrontation zum Westen auf anderen Kontinenten zu intervenieren: 2015 in Syrien etwa, 2021 in Mali. Aus China, das seinerseits in Nahost sowie in Af-

rika wirtschaftlich Einfluss nahm, blieb jegliche Unterstützung für die russischen Militäroperationen aus.

Ernstere Differenzen zwischen Beijing und Moskau gibt es auch mit Blick auf das Völkerrecht. Deutlich wurde dies erstmals im Jahr 2014, als Russland die Krim annahm: China erkannte den Schritt nicht an, und es hat das bis heute nicht getan. Allzu wichtig ist es für Beijing, den Bestand des eigenen Staates zu sichern, und da gehört das Beharren auf territorialer Integrität unverzichtbar dazu – siehe Tibet, Xinjiang, Taiwan. Noch viel weniger ist China bereit, die russische Annexion weiterer Teile der Ukraine vom 30. September 2022 für rechtmäßig zu erklären. Auch dem russischen Angriff auf die Ukraine hat China niemals seine Zustimmung erteilt. Schon am Tag nach Kriegsbeginn, am 25. Februar 2022, habe Präsident Xi seinen Kollegen Putin angerufen und »ihn dazu aufgerufen, dass er den Konflikt bitte mit friedlichen Mitteln beilegt«, berichtete der Botschafter der Volksrepublik in Deutschland, Wu Ken, im Januar 2023 im *Handelsblatt*. Dass Putin am Rande des SCO-Gipfels am 15. September 2022 im usbekischen Samarkand öffentlich gegenüber Xi bekannte: »Wir verstehen Ihre Fragen und Sorgen« bezüglich des Krieges »und sind natürlich bereit, (...) unsere Position zu dieser Frage ausführlich darzustellen, obwohl wir auch schon vorher darüber geredet haben« – dazu wird er kaum ohne Druck aus der Volksrepublik bereit gewesen sein.

westlichen Mächte greifen Beijing und Moskau mit harten Sanktionen an? Beide beginnen, sich wirtschaftlich enger zu verbünden und ihren Handel in Yuan und Rubel abzuwickeln, damit er keinen Schaden nimmt. Die transatlantischen Staaten und ihre asiatisch-pazifischen Verbündeten mobilisieren militärisch gegen China und Russland? Beide intensivieren ihre gemeinsamen Manöver, stimmen ihre Streitkräfte besser aufeinander ab. Nicht zuletzt arbeiten sie gemeinsam auf eine globale Ordnung hin, die ihnen bessere Chancen verschafft als die alte, vom Westen dominierte Welt: auf ein System, das zahlreiche unterschiedliche Machtpole nebeneinander kennt. Oder, wie es etwa in der chinesisch-russischen Erklärung vom 4. Februar 2022 heißt: Beide »suchen echte Multipolarität«. Und zwar Seite an Seite – denn nur so lässt sich die westliche Macht überwinden. Und das hat Vorrang, jedenfalls auf absehbare Zeit.

Jörg Kronauer ist Journalist und regelmäßiger Autor in *junge Welt* und *german-foreign-policy.com*

ANZEIGE

Köpenicker Weinladen
 Köpenicker Straße 8, 10997 Berlin-Kreuzberg
 Tel.: 030/6119009, Fax: 030/6175750.
 Öffnungszeiten: Mo.–Fr. 14–18.30 Uhr, Sa. 10–14 Uhr

ANZEIGE

Chinas Aufstieg neu erzählt: Der SPIEGEL-Besteller

Felix Lee
China, mein Vater und ich
 256 Seiten, 20 Abbildungen
 Hardcover mit Schutzumschlag
 ISBN 978-3-96289-169-5
 22,-€

Shortlist Deutscher Wirtschaftsbuchpreis 2023

Felix Lee erzählt Chinas Weg zur Wirtschaftsmacht anhand seiner außergewöhnlichen Familiengeschichte: wie sein Vater als Kind aus der Volksrepublik flieht, als Erwachsener dorthin zurückkehrt und VW nach China bringt. Persönlich, unterhaltsam, faktenreich und mit dem kritischen Blick eines Wirtschaftsjournalisten.

www.aufbau-verlage.de/ch-links-verlag

Ch-Links

Sozialismus 3.0

Gewaltige Aufgabe: Um das Klassenfundament in China zu erneuern, muss der Missbrauch des Kapitals begrenzt werden. **Von Longway Foundation**

Der vorliegende Textauszug entstand im Rahmen einer Medienkooperation zwischen dem Tricontinental Institute und der führenden Zeitschrift für zeitgenössisches politisches und kulturelles Denken in China, *Wenhua Zongheng*. Wir danken freundlich für die Erlaubnis, den im Juni auf Englisch erschienenen Text auf Deutsch zu veröffentlichen.

thetricontinental.org/wenhua-zongheng

Die Beijing Longway Economic and Social Research Foundation wurde 2009 mit dem Ziel gegründet zu erforschen, wie Veränderungen in Chinas Sozialstruktur die kulturelle Entwicklung des Landes geprägt und zum Entstehen neuer sozialer Klassen mit unterschiedlichen kulturellen und politischen Orientierungen geführt haben.

Für China zeigen sowohl die Praxis des Sozialismus 1.0 in den ersten drei Jahrzehnten nach der Revolution (1949, *JW*) als auch die des Sozialismus 2.0 in den darauffolgenden drei Jahrzehnten, wie die sozialistischen Ideale und Überzeugungen in die Realitäten des Landes integriert wurden. Aufgrund dessen ist es für China irrational, eine radikale Abkehr von seinem sozialistischen Weg zu verfolgen. Die Herausforderung besteht jedoch darin, dass es kein externes Modell gibt, auf das es sich bei der Anpassung des Sozialismus 2.0 stützen könnte. Im Zuge der Entwicklung der internationalen politisch-ökonomischen Landschaft und der Umgestaltung der Produktionsformen sind sowohl der westeuropäische Weg der Sozialdemokratie als auch der US-amerikanische Weg der völligen Abkehr vom Sozialismus aufgrund der ihnen innewohnenden Widersprüche in eine Krise geraten. Daher muss sich die Reform des sozialistischen Weges Chinas auf seine eigene Praxis stützen.

Globaler Kontext

Das bedeutet nicht, das Land von der Außenwelt zu trennen. Im Gegenteil, die grundlegende Realität des heutigen China ist seine tiefgreifende Verflechtung. Daher müssen Diskussionen über den Sozialismus den Hintergrund der globalen politischen und wirtschaftlichen Veränderungen berücksichtigen. So wie Marx große Anstrengungen unternahm, um die innere Logik und Funktionsweise des modernen Industriekapitalismus zu analysieren und zu verstehen, ist es heute notwendig, die innere Logik und Funktionsweise der gegenwärtigen Produktionsform und ihrer Umwandlung eingehend zu analysieren und zu verstehen. In kritischen Momenten und an kritischen Punkten sollten möglichst vernünftige Entscheidungen auf der Grundlage der gegebenen historischen Bedingungen getroffen werden. Für China kann der Sozialismus nicht einfach auf das Programm der Regierungspartei beschränkt werden, er sollte auch ein Konzept und eine praktische Ressource sein, um die Beteiligung der Öffentlichkeit zu überdenken und eine politische Gemeinschaft neu zu gestalten.

Der Sozialismus 3.0 sollte neue Ansätze erforschen, um die Missstände zu korrigieren, die durch die dominante Stellung des



Chinesischer Ausbilder trainiert einen Zugfahrer in Nairobi, Kenia (Juni 2023)

Kapitalismus in der Weltwirtschaft verursacht werden, wobei der Schwerpunkt auf der Verbesserung der Lebensbedingungen der Arbeiter und der Stärkung ihrer Kontrolle über die Produktionsmittel liegen sollte, während gleichzeitig die Notwendigkeit einer Marktwirtschaft anerkannt wird. In China ist es notwendig, den Missbrauch des Kapitals zu begrenzen und den Status der Arbeit im Produktionsprozess zu verbessern, im Einklang mit der Dynamik der Industrialisierung, und letztlich ein integrativeres und gerechteres Modell der Industrialisierung aufzubauen. Dieses Ziel erfordert, dass der Staat seine Führungsrolle im wirtschaftlichen Bereich sicherstellt und beibehält. Bei der Realisierung dieser gewaltigen Aufgabe muss sich das Land auch vor einer weiteren Bürokratisierung hüten.

In der Ära des Sozialismus 1.0 verteilte die KPCh das entscheidende Produktionsmittel – Land – an die Bauernschaft und brachte durch die Industrialisierung die Arbeiterklasse hervor. Dadurch stand die Partei auf einem soliden sozialen Fundament. In der Ära des Sozialismus 2.0 führte die

KPCh jedoch die Marktwirtschaft ein und entwickelte sie weiter, machte die Effizienz zum zentralen Prinzip der Ressourcenallokation und ermutigte den einzelnen, reich zu werden. Dieser Ansatz entsprach den »ständig wachsenden materiellen und kulturellen Bedürfnissen des Volkes«, legte aber auch den Grundstein für eine schwere Krise. Wenn die KPCh heute ihr soziales Fundament wiederherstellen will, kann sie nicht nur ihre Sozialpolitik anpassen, sondern muss auch ihr Klassenfundament erneuern, indem sie die Lebensbedingungen der Arbeiterklasse umfassend verbessert, eine ausgewogenere Einkommensverteilung im Lande erreicht, die Stellung der Arbeit im Industriesystem verbessert und den Missbrauch des Kapitals einschränkt.

»Große Einheit«

Die dem Sozialismus innewohnenden Werte und Ideale stellen eine wichtige Ressource für China als politische und kulturelle Gemeinschaft dar. Der Grund für die rasche Akzeptanz und Verbrei-

terung sozialistischer Ideen im modernen China liegt nicht nur darin, dass sie eng mit dem traditionellen chinesischen Ideal der »Großen Einheit« verbunden sind (auch heute noch leiten viele Chinesen ihr Verständnis des Sozialismus von diesem kulturellen Konzept ab), sondern auch in der erfolgreichen Anpassung des sozialistischen Narrativs der historischen Entwicklungsstufen an den chinesischen Kontext durch Mao Zedong und andere.

Man kann sagen, dass dieses historische Narrativ eine Rolle dabei spielt, den Glauben der Öffentlichkeit an das politische System und den Weg der nationalen Entwicklung in nichtreligiösen Ländern wie China aufrechtzuerhalten, so wie die christliche Tradition eine starke politische Rolle in den liberalen Demokratien der Vereinigten Staaten, Europas und anderer westlicher Länder spielt. Für ein großes Land wie China ist es notwendig, ein gemeinsames Werte- und Idealsystem zu entwickeln, das sich in realen politischen und wirtschaftlichen Prozessen widerspiegelt und nicht nur ideologische Propaganda ist.

ANZEIGE

GegenStandpunkt 3-2023

Das Jahr 2 des Ukraine-Krieges geht seinen Gang, der politische Wille dazu ist offensichtlich bei der russischen und der ukrainischen Führung ungebrochen, und auch den Nachschub an Menschen- und anderem Kriegsmaterial können beide Seiten einstweilen sicherstellen. Für die Ukraine garantiert ja der Westen dafür, dass der Krieg nicht an Materialermüdung leidet und Kiew sogar zur ‚Gegenoffensive‘ befähigt wird. Russland verschleißt derweil seine militärischen Potenzen und hat die Überschreitung ‚roter Linien‘ seitens der westlichen Ausstatter der Ukraine bisher nicht zum Anlass genommen, den Kriegsschauplatz auf die NATO-Anrainer auszuweiten – es läuft einfach gut für die in Washington, London, Berlin und Brüssel ansässigen Hüter des Weltfriedens. Begleitet wird das von Beginn an von beiderseitigen Warnungen vor dem Einsatz von Atomwaffen, für den Fall, dass... Ja, für welchen Fall eigentlich? In Russland ist das allen Ernstes inzwischen Gegenstand einer nationalen, hierzulande kaum wahrgenommenen Debatte über die **Bedeutung der nuklearen Abschreckung im Ukraine-Krieg**, also der seit Jahrzehnten aufrechterhaltenen wechselseitigen Drohung mit einem totalen Vernichtungsschlag, die Russland und die USA zur Grundlage ihrer Koexistenz gemacht haben. Diese Koexistenz sieht Russland bestritten, seine Atomwaffen helfen nicht dabei, der anderen Weltmacht den Respekt abzurufen, den es als Weltmacht beansprucht.

In der neuen Ausgabe des GEGENSTANDPUNKT wird erklärt, inwiefern das über den weltpolitischen Sinn des Irrsinns wechselseitig vertrauensvoll zugesicherter Zerstörungsdrohung Auskunft gibt, wie ihn Amerika immer verstanden und betrieben hat und der mit dem Willen

zu Frieden und Koexistenz noch nie etwas zu tun hatte, dafür sehr viel mit dem Anspruch Amerikas auf totale globale Handlungsfreiheit. Die nimmt es jetzt in der Ukraine wahr – und sorgt dafür, dass der Westen unter seiner Führung den Kampf um die Organisation der Welt als antirussische Front entschieden vorantreibt.

Außerdem und unter anderem in der neuen Ausgabe:

- Der Westen treibt den Kampf um die **Organisation der Welt als antirussische Front** entschieden voran;
- Die Ampelkoalition und die christdemokratische Opposition verständigen sich darauf, was es neuerdings alles braucht für die mit Kriegsbeginn prompt ausgerufene **„Zeitenwende“** hin zum Aufwuchs Deutschlands als militärische Kontinentalmacht neuer Art;
- Die bundesdeutsche Familienministerin streitet sich mit ihrem Finanzminister und anderen politischen Entscheidungsträgern darüber, ob und gegebenenfalls wie die **nationale Ressource „Kind“** vor Armut geschützt gehört, die dessen Teilhabe am nationalen Leben angeblich beeinträchtigt – unbeschadet dessen, dass Armut für die Mehrheit der Bevölkerung in Deutschland exakt der banale Inhalt dieser Teilhabe ist...

GEGENSTANDPUNKT 3-23 ist für € 15 im Buchhandel bestellbar oder beim

Gegenstandpunkt Verlag, Kirchenstr. 88, 81675 München

Tel.: 089-2721604; E-Mail: gegenstandpunkt@t-online.de

Internet: www.gegenstandpunkt.com

